

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 172

7. September 1979

Erhard Eppler MdL, Oppositionsführer in Baden-Württemberg, rechnet Ministerpräsident Späth vor, daß seine Steuerpläne unrealistisch sind.

Seite 1/2

Erwin Stahl MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesforschungsminister, zum 90. Jubiläum der IGBE: Auch in Zukunft ist die Kohle unverzichtbar.

Seite 3/4

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Ausschusses, stellt zehn Thesen zur internationalen Medienpolitik vor.

Seite 5/6

Klaus Matthiesen MdL, Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, warnt vor neuem Unfrieden im Grenzland.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Späthsche Steuerpläne unrealistisch

Baden-Württembergs Regierung will das gleiche Geld zweimal ausgeben

Von Dr. Erhard Eppler

Baden-württembergischer SPD-Vorsitzender und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart

Auf dem Gebiet der Steuern gibt es bald nichts mehr, was Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth in seiner einjährigen Amtszeit nicht schon gefordert hat. Dabei hält er sich an seine Gewohnheit, lieber unerfüllbare Forderungen an andere zu stellen, als Entscheidungen in eigener Kompetenz zu fällen.

Die Qualität Späthscher Initiativen zeigt sich an Ihren Früchten:

- 1. Späths Forderung, die Gewerbekapitalsteuer abzuschaffen, ist gescheitert; sie wäre zu allererst Großbetrieben und Konzernen zugute gekommen.
- 2. Späths Forderung, den durch das einheitliche Kindergeld abgelösten Steuerfreibetrag wieder einzuführen, ist ebenfalls gescheitert. Sie hätte in erster Linie die Spitzenverdiener begünstigt.
- 3. Späths Forderung, die Grunderwerbssteuer abzuschaffen, wird nicht einmal von den CDU-regierten Bundesländern im Bundesrat mitgetragen. Diese Forderung war völlig unbeachtet, weil sie nach EG-Vereinbarungen zwangsläufig zur Mehrwertsteuerpflicht bei Grundstücksverkäufen geführt hätte.
- 4. Späths Forderung, die Höchstbeträge bei der 7b-Ab-schreibung anzuheben, hat den Bundesrat nur mit Mühe passiert; Ministerpräsident Albrecht mußte persönlich zur

Zustimmung überredet werden, nachdem der Vorstoß im Finanzausschuß des Bundesrats gescheitert war. Die Initiative hat in dieser Form dennoch keine Realisierungschance, weil auch CDU-Politiker bei diesem Vorschlag die soziale Komponente vermissen.

- 5. Späths bereits im März dieses Jahres angekündigtes "zweites Steueränderungsgesetz 1979" hat mangels Unterstützung durch andere Bundesländer im Bundesrat bis heute noch nicht das Licht der Welt erblickt.

Indessen hat Ministerpräsident Späth am 5. September 1979 schon wieder ein neues Steuersenkungskonzept vorgestellt, zu dem er - inzwischen vorsichtiger geworden - gleich feststellt, daß sie nicht als konkrete Bundesratsinitiative gedacht sei und daß es auch auf Seiten der unionsreglierten Länder darüber noch keine "Gesamtabstimmung" gegeben habe. Herr Strauß hat also bisher nicht zugestimmt.

Immerhin würde der neue Plan die öffentlichen Haushalte in den vier Jahren von 1980 bis 1983 nach eigenen Angaben Späths mit 43 Milliarden Mark belasten. Allerdings greift Späth noch weiter: Bis zum Jahre 1990 sollen regelmäßige Erhöhungen des Kindergelds festgelegt werden. Nimmt man alles zusammen, so überschreitet die Gesamtbelastung der öffentlichen Haushalte bis 1990 deutlich die 100-Milliarden-Grenze. Für das Land Baden-Württemberg bedeutet dies einen Ausfall von drei Milliarden DM bis 1983 und acht Milliarden DM bis 1990 bei einem Schuldenstand von mehr als 15 Milliarden DM.

Für jeden, der sich die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1973 bis 1976 mit ihren verheerenden Folgen für die öffentlichen Kassen vergegenwärtigt, muß Späths Sorglosigkeit besorgniserregend sein. Späth betreibt im Rausch einer steigenden aber durchaus unsicheren Konjunktur und momentaner Steuermehreinnahmen eine Finanzpolitik, die so tut, als könne er Abschwünge und Rezessionen polizeilich verbieten. Steuerpolitik ist eines der wenigen brauchbaren Instrumente der Konjunkturpolitik. Wer Steuersenkungen auf längere Sicht dynamisiert, nimmt jeder künftigen Regierung dieses Instrument aus der Hand.

Für den notwendigen Kontrast zu Späth sorgt sein Finanzminister. Er mahnt - mit vollem Recht - "daß die in den letzten Jahren außerordentlich stark gestiegene Verschuldung der öffentlichen Haushalte zur Zeit das entscheidende Problem jeder Finanzpolitik sei". Das ist richtig, nur paßt es nicht unter einen Hut: Der Ministerpräsident streut das Geld unter die Leute und der Finanzminister zahlt damit seine Schulden.

Die Forderung der SPD, die Landesregierung solle die Folgen ihrer Steuersenkungspläne im mittelfristigen Finanzplan des Landes bis 1983 darstellen, hat die CDU erst am 28. Juni dieses Jahres abgelehnt. Das ist verständlich, denn Späth und Gleichauf hätten dabei zugeben müssen, daß ihre "doppelte Buchführung" nicht aufgehen kann.

Die sozialliberale Koalition hat ohne Zutun von Herrn Späth in den letzten zwei Jahren zwei Steuersenkungen zugunsten der Arbeitnehmer durchgeführt. Sie wird den Einkommenssteuertarif erneut der Entwicklung anpassen, wenn die mittleren Einkommen zu stark in die Progression hineinwachsen. Im Augenblick muß bei guter Konjunktur zuerst die Staatsverschuldung abgebaut werden, damit Reserven für staatliche Konjunkturspritzen vorhanden sind, wenn sie gebraucht werden.

(-/7.9.1979/ks/ca)

+ + +



Auch in Zukunft ist die Kohle unverzichtbar

Zum 90jährigen Jubiläum der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie

Von Erwin Stahl MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Heute, zum 90jährigen Jubiläum der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), stehen wieder Fragen der Energiepolitik und der künftigen Energieversorgung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses nicht nur in der Bundesrepublik. Diese Fragen sind keineswegs so neu, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen. Energieversorgungsfragen bewegen die Menschheit schon von alters her. Erst als die Menschen, vor allem die Bergleute, die Technik beherrschten, die Kohle in großem Maßstab zu gewinnen, war der Eintritt ins Industriezeitalter durch die Bereitstellung von Energie durch Einsatz von Kohle möglich.

Über viele Jahrzehnte sicherte der Bergbau durch den unermüdlichen Einsatz seiner Beschäftigten über- und untertage - ob als Hauer, Steiger oder Kaufmann - den Energiebedarf unseres Landes. Die schwierigen geologischen Verhältnisse, die tiefe Lage der Flöze erforderte immer wieder die Verbesserung und ständige Weiterentwicklung der Technik und die Lernbereitschaft der Menschen im Steinkohlebergbau.

Daß der technische Fortschritt verbunden mit Leistungssteigerungen nicht auf Kosten der Beschäftigten ging, obwohl die Tätigkeit des Bergmanns unvergleichbar schwer war, dafür stehen Namen der Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaften wie Fritz Bunte, Fritz Husemann, August Schmidt, Heinrich Imig, Heinrich Guterath, Walter Arendt, Heinz-Oskar Vetter und Adolf Schmidt.

Mit dem Eintritt ins sogenannte Ölzeitalter und den rapide sinkenden Ölpreisen in den 50er und 60er Jahren geriet der Bergbau in eine ernsthafte Krise. Die Kohle geriet in Bedrängnis, obwohl sie die einzige große Energie- und Rohstoffquelle ist, über die die Bundesrepublik verfügt. Diese Strukturkrise hatte nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern vor allem auch eine soziale Komponente. In gemeinsamer Anstrengung haben IGBE und die Bergbau-Unternehmen mit flankierender Hilfe von Staat und Politik, vor allem der sozialliberalen Koalition, Maßnahmen ergriffen, um das Überleben der Kohle zu ermöglichen. Es galt, die zwangsweise wegfallenden Arbeitsplätze durch neue in anderen Bereichen zu ersetzen. Durch sachkundigen Einsatz der IGBE-Vertreter sowie staatlicher Gesetzgebung konnten größere soziale Härtefälle vermieden und die Weiterbeschäftigung der Kollegen gesichert werden. Die Bewältigung dieses Strukturproblems unserer jüngeren Vergangenheit war sicherlich eine der großen Leistungen der Mitbestimmung der IGBE auf ihrem 90 Jahre währenden Weg von den Anfängen gewerkschaftlicher Tätigkeit im Bergbau-bereich bis zu ihrer heutigen Stellung als Sozialpartner.

In der Folgezeit galt es nicht nur, im Auf und Ab der Förderzahlen den Steinkohlenbergbau zu erhalten, sondern durch die Verbesserung der Abbaumethoden die Wirtschaftlichkeit zu steigern und Absatzmärkte zu erhalten sowie neue zu erschließen. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen hat die Bundesregierung im letzten Jahrzehnt zur Verbesserung der Lage im Steinkohlenbergbau beigetragen. Über Ausgleichszahlungen werden den Unternehmern die Mehrkosten für den Einsatz der Kohle in der Kraftwirtschaft ersetzt. Investitionszulagen erleichtern den Elektrizitätsversorgungsunternehmen den Zubau neuer Steinkohlekraftwerke. Mit dem Rahmenprogramm Energieforschung wurden daneben Voraussetzungen geschaffen, für die Zukunft neue technologische Wege zu gehen. Forschungsvorhaben in den Bereichen: Umweltfreundlichere Elektrizitätserzeugung aus Kohle, Kohlevergasung, Kohleverflüssigung, neue Verfahren zur Koksherstellung und der Direktverbrennung für Hei-



zungsanlagen, Vortriebs- und Abbausysteme, logistische Systeme, Aufbereitung, Untertagevergasung sowie Entschwefelung der Rauchgase zeigen die breite Palette von zukunftsweisenden Technologien.

Ergänzt werden diese Maßnahmen auf dem Energieforschungssektor durch das Programm Humanisierung des Arbeitslebens für die Beschäftigten selbst. Denn es geht nicht nur darum, die Kohle wirtschaftlicher zu gewinnen, sondern in gleichem Maße auch die Arbeitsplätze vor Ort sicherer und humaner zu gestalten, damit auch junge Menschen den Beruf des Bergmannes wählen. Dabei ist nicht in Frage zu stellen, daß künftig ergonomische Gesichtspunkte in verstärktem Maße die technologische Entwicklung des Steinkohlenbergbaus vor allem im Untertagebereich beeinflussen werden.

Daß die IGBE durch ihre sachkundige und wohlüberlegte Gewerkschaftspolitik wesentlich zum Erhalt des Bergbaus beigetragen hat, muß wohl nicht besonders hervorgehoben werden. Die beiden Vorsitzenden Walter Arendt und Adolf Schmidt prägten diesen jüngsten Entwicklungsabschnitt des Bergbaus wesentlich. Sie haben einerseits die Interessen der Kollegen und die gesamtgewerkschaftlichen Ziele in der Sozialpolitik konsequent verfolgt, andererseits jedoch die Gesamtproblematik des Bergbaus nie aus den Augen verloren. Und die Kollegen vor Ort haben diese Haltung honoriert. Dies zeigt überdeutlich die Tatsache, daß mehr als 90 Prozent der Beschäftigten im Bergbau in dieser Gewerkschaft organisiert sind.

Mittels erheblicher Forschung, gestützt durch staatliche Förderung, ist es in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland gelungen, auf dem Gebiet der Kohleverflüssigung und der Kohlevergasung eine Spitzenstellung in der Welt sicherzustellen. Die Erfahrungen der Ingenieure und der Betriebsmannschaften bei Bau und Betrieb von Labor- und Pilotanlagen sowie neue Ergebnisse der Katalysatorforschung bilden die Grundlagen. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zur Energiepolitik am 4. Juli dieses Jahres vor dem Bundestag ausgeführt, daß die großtechnische Erzeugung von synthetischen Brennstoffen ohne Verzug voranzutreiben ist. Die Arbeiten zur Erstellung eines entsprechenden Programms, das die technischen, energie- und wirtschaftspolitischen Rahmendaten und Ziele vorgibt, sind aufgenommen. Dieses Programm wird Anfang nächsten Jahres vorliegen. Die Bundesregierung wird darauf achten, daß möglichst leistungsfähige Technologien zum Einsatz gelangen. Die notwendige Zeit für die Vorarbeiten und Planungen der neuen Anlagen erlaubt es, auf die Erfahrungen des Betriebes der zur Zeit laufenden oder im Bau befindlichen Pilotanlagen für die Großanlagen zu nutzen.

Für die Anlaufphase der ersten Jahre stehen die erforderlichen Mengen an Einsatzkohle zur Verfügung. Erst wenn im größeren Umfang synthetische Erzeugnisse aus Kohle hergestellt werden, stellt sich die Frage nach der Verfügbarkeit deutscher Steinkohle. Spätestens dann bedarf es entweder einer Kapazitätsausweitung der Kohleproduktion oder aber die Kohle muß aus dem Kraftwerksbereich mit Hilfe der Kernenergie substituiert werden.

Für unsere Energieversorgung heute und in der Zukunft ist die Kohle unverzichtbar. Damit ist und wird auch der Beruf des Bergmannes ein Beruf mit Zukunft.

Damit ist ein Ziel der IGBE - viele wollten nicht mehr daran glauben - erreicht. Wie sagte Adolf Schmidt auch als internationaler Bergarbeiterführer jüngst: "Nicht am Erreichten festhalten, sondern auch künftig für die Belange der Kollegen vor Ort, für Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, für bessere Löhne und humanere Arbeitsbedingungen eintreten. Ich sage auch, in den vergangenen 20 Jahren wurde viel erreicht. Das ist sicher ein Grund, stolz auf das Geleistete zurückzublicken aber auch gleichzeitig ein Ansporn, mehr zu erreichen."

Zu diesem 90sten Geburtstag wünsche ich den Kollegen mit ihren Familien und dem Vorsitzenden allzeit ein herzliches Glück Auf. Daß ich dieser großen Familie angehöre, erfüllt mich mit Stolz und Genugtuung.

(-/7.9.1979/ks/ca)



Konsequenzen für die Praxis

Zehn Thesen für internationale Medienpolitik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

These 1

Zur Notwendigkeit einer neuen internationalen Medienpolitik

Die Informationsmedien dieser Welt sind auf Grund der historischen Machtverhältnisse und der modernen technischen Entwicklung weitgehend von den westlichen Industrienationen beherrscht. Dies hat zu einem einseitigen Informationsfluß von Nord nach Süd und dazu geführt, daß unsere eigene Kenntnis über die Völker und Kulturen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gering geblieben sind. Deshalb ist eine neue internationale Medienpolitik, wie sie die UNESCO in ihrer Deklaration vom 28. November 1978 gefordert hat, dringend erforderlich: Der freie Zugang zu Informationen und ihre ausgewogene Verbreitung insbesondere für die Dritte Welt muß gesichert werden.

These 2

Information als Grundlage von Partnerschaft

Eine verbesserte internationale Zusammenarbeit, wie sie die Friedens- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik anstrebt, setzt eine Vertrauensbasis zwischen den beteiligten Partnern voraus, die nur geschaffen werden kann, wenn diese die nötigen Informationen über die historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen besitzen, die zum Verständnis des Verhaltens und der Denkweise des anderen Partners notwendig sind.

These 3

Der Beitrag der privaten Trägerorganisationen

In Demokratien ist der Einfluß des Staates auf die Tätigkeit der Massenmedien und der sonstigen Informations-Einrichtungen auch in ihrer Zusammenarbeit mit dem Ausland begrenzt. Eine neue internationale Medienpolitik ist deshalb in unserem Gesellschaftssystem nur durch aktive Mitarbeit vieler privater Träger der Entwicklungspolitik, der auswärtigen Kulturbeziehungen und der wissenschaftlichen Kooperation denkbar. Sie erst können es ermöglichen, daß ein Informationsaustausch mit dem Ausland zur Zweibahnstraße wird.

These 4

Aufgabe und Verantwortung der Journalisten

Die Personalpolitik der Redaktionen von Massenmedien, der Fach-, Verbands- und Betriebsorgane sollte in Zukunft so ausgerichtet werden, daß Auslandskennntnis und das Verständnis anderer Kulturen selbstverständlicher Bestandteil bei Auswahl und Ausbildung von Journalisten wird. Das Netz der Auslandskorrespondenten muß erweitert und der Bezug von Nachrichtendiensten aus der Dritten Welt verstärkt werden. Studienreisen sollten noch mehr der Aktualisierung der Kenntnisse der zuständigen Redakteure dienen und von den Trägerorganisationen der internationalen Zusammenarbeit gefördert werden.



These 5

Fortbildungs- und Projekthilfen für ausländische Partner

In den meisten Entwicklungsländern fehlt es noch an Möglichkeiten einer Fachausbildung für Journalisten und an ihrer Fortbildung in Fragen der Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit. Es fehlt auch an der benötigten technischen Einrichtung und Infrastruktur. Deshalb sollte die Bundesrepublik verstärkt Programme der Journalisten-Fortbildung fördern und den Aufbau des Informationswesens einschließlich der Bibliotheken, Archive und Nachrichtenagenturen unterstützen.

These 6

Verstärkung des Kulturaustausches im Inland

Kulturelle Außenpolitik ist nur glaubhaft, wenn der Partner auch in der Bundesrepublik Gelegenheit zur Darstellung und Information der deutschen Öffentlichkeit hat. Zeitschriften, Buchreihen, Filme, Ausstellungen, Theater- und Konzertreisen, die diesem Zweck dienen, sollten verstärkt gefördert werden. Dabei ist den Bildungseinrichtungen und der Jugendarbeit besondere Beachtung zu schenken. Die Vereinigung für Internationale Zusammenarbeit sollte für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch über die Programme auf diesem Gebiet sorgen.

These 7

Die Einbeziehung ausländischer Gäste in die Inlandsarbeit

Die Anwesenheit vieler ausländischer Gäste, Stipendiaten und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sollte stärker dazu genutzt werden, Informationen über deren Heimatländer und Kulturen in die deutsche Öffentlichkeit zu bringen und sie in Bildungsprogramme der Schulen und Volkshochschulen einzubeziehen. Dies ist bereits bei der Planung und Finanzierung der Programme als wesentlicher Bestandteil mit zu berücksichtigen.

These 8

Die Verbesserung des Auslandsbildes in Schul- und Jugendbüchern

Eine besonders dringliche Aufgabe ist die verbesserte Darstellung anderer Völker und Kulturen in Schul- und Jugendbüchern. Das Georg Eckert-Institut sollte seine Schulbuchberatungen auch auf Entwicklungsländer ausdehnen. Der Vorschlag des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Einrichtung einer schuldidaktischen Beratungs- und Informationsstelle an der Universität des Saarlandes sollte von der Kultusministerkonferenz baldmöglichst ebenso wie die Förderung anderer zuständiger Institute und Organisationen beraten und unterstützt werden.

These 9

Medienpolitik durch Städtepartnerschaften

Informationen über das Ausland sind besonders anschaulich und lebensnah, wenn sie aus dem Umfeld eines bekannten Partners kommen. Die Verbindungen kommunaler Presseorgane, von Stadtbüchereien, städtischen Messen und Ausstellungen bieten im Rahmen von Städtepartnerschaften mit dem Ausland hierzu ideale Ansatzpunkte, die in Zukunft stärker beachtet und gefördert werden sollten.

These 10

Die besondere Aufgabe des Goethe-Instituts

Der Aufbau eines Kommunikationsnetzes zu geeigneten Partnern im Ausland erfordert Vermittlungsstellen, die im Lande selbst einen ständigen Überblick über die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung besitzen. Dazu sind die deutschen Goethe-Institute im Ausland besonders geeignet. Sie sollten mittelfristig personell und finanziell so verstärkt werden, daß sie einen zusätzlichen Beitrag zur neuen internationalen Medienpolitik leisten können.

Vor neuem Unfrieden im Grenzland?

CDU und Gemeinsamkeit - der große Bluff

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Der erste Gesetzentwurf, der die noch knapp regierende CDU in Schleswig-Holstein nach der Wahl im Landtag vorlegt, ist eine Provokation nicht nur der dänischen Minderheit, sondern aller übrigen Fraktionen des Landtages. Er ist ein Beleg dafür, daß die CDU offenbar auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode von ihrer knappen Mehrheit rücksichtslosen Gebrauch zu machen gedenkt.

Nach der Landtagswahl am 29. April hatte Ministerpräsident Stoltenberg in seiner Regierungserklärung angekündigt, daß es in Zukunft im Landesparlament mehr Gemeinsamkeit geben solle. Ich habe seinerzeit dazu die grundsätzliche Bereitschaft der SPD-Landtagsfraktion erklärt. Das Vorgehen des Ministerpräsidenten und der CDU-Landtagsfraktion bei diesem Gesetzentwurf entlarvt zumindest diesen Teil der Regierungserklärung als großen Bluff. Alle Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages haben ihre eindeutige Ablehnung der CDU-Pläne deutlich gemacht, trotzdem ist die CDU offenbar entschlossen, das Gesetz mit ihrer Einstimmen-Mehrheit durchzusetzen. Es handelt sich dabei um einen einseitigen Willkürakt, der politisch äußerst windig begründet ist und nur der eigenen Machtstabilisierung dient.

Damit ist die von Ministerpräsident Stoltenberg verkündete Gemeinsamkeit im schleswig-holsteinischen Landtag von ihm selbst aufgekündigt. Mit diesem Gesetzentwurf der CDU werden aber auch Gemeinsamkeiten in der Minderheitenpolitik aufgegeben, die von Ministerpräsident Diekmann, SPD, bis zu Ministerpräsident Lemke, CDU, einhellig von allen Parteien getragen wurden. Diese Gemeinsamkeit war: Der dänischen Minderheit in unserem Lande eine faire Chance für eine parlamentarische Vertretung zu geben. Dieser Gesetzentwurf, der ausdrücklich mit der Situation dieser Vertretung begründet wird, bricht den Jahrzehnte alten Konsens auf, indem er die Chance des SSW minimiert und die Rechte seines Mandats einschränken will.

Der mit diesem Antrag beschrittene Weg kann zu einem neuen Unfrieden im Grenzland führen. Denn die CDU-Absicht rührt an den Nerv der Minderheitenregelungen nördlich und südlich der Grenze, die - auch von der CDU - als Modell für andere europäische Regionen gepriesen werden. Ich hoffe nicht, daß die dänische Seite für die deutsche Minderheit nördlich der Grenze daraus Konsequenzen zieht.

Im Interesse des Friedens in der Grenzregion fordere ich den CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stoltenberg auf, den Antrag auf Änderung des Wahlrechtes zurückzuziehen. Ich fordere insbesondere die CDU-Landtagsabgeordneten der Grenzregion auf, dafür zu sorgen, daß der Antrag im Landtag keine Mehrheit erhält.

Da FDP, SSW und eine Reihe von CDU-Landtagsabgeordneten sich wie wir gegen diese Gesetzesänderung ausgesprochen haben, genügt die Stimme eines CDU-Abgeordneten, um diese verhängnisvolle Politik zu beenden. (-/7.9.1979/ks/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl